

**A N F R A G E** von Eva Torp (SP, Hedingen), Monika Spring (SP, Zürich) und Käthi Furrer (SP, Dachsen)

betreffend Systematische Erfassung von Krebserkrankungen, Verstärkung der Ursachenforschung sowie der Präventionsmassnahmen

---

Gemäss verschiedenen Presseberichten soll die Zahl der Krebserkrankungen sowie die Sterblichkeitsrate in den USA, aber auch in Europa, in den letzten Jahren zurückgegangen sein. In der Schweiz sei dieser Rückgang aber weniger stark als zum Beispiel in den USA oder in den nordischen Ländern. Die Schweizerische Krebsliga beklagt denn auch die ungenügenden Fortschritte in der Krebsbehandlung, während ein renommierter Krebspezialist die Schweiz als «Entwicklungsland in der Tumorprävention» bezeichnet und dabei insbesondere die Deutschschweizer Kantone nennt. In der Tat ist die Krebsbekämpfung in der Schweiz vom föderalistischen Gesundheitssystem geprägt. So existiert nur gerade in neun Kantonen ein kantonales oder regionales Krebsregister. Als ungenügend werden auch die spärlichen epidemiologischen Forschungsprogramme sowie die regional sehr unterschiedlichen Präventionsmassnahmen bezeichnet.

Zur Situation im Kanton Zürich sind wenige Grundlagen vorhanden. Dem statistischen Jahrbuch ist zu entnehmen, dass Tumorerkrankungen nach den Kreislauferkrankungen die zweithäufigste Todesursache sind. 2'585 Personen, der 10'724 im Jahr 2000 verzeichneten Todesfälle, starben aufgrund einer Krebserkrankung.

Nachdem der Bundesrat die Einrichtung eines nationalen Krebsregisters abgelehnt hat, liegt die Hauptverantwortung für Fortschritte in diesem Bereich nach wie vor bei den Kantonen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden Tumorerkrankungen im Kanton Zürich systematisch erfasst? Seit wann? Führt der Kanton Zürich ein Krebsregister?
2. Welchen Stellenwert haben epidemiologische Studien bei der Erforschung der Ursachen von Krebserkrankungen?
3. Wie viel öffentliche Mittel investiert der Kanton Zürich in die Krebsforschung?
4. Beteiligt sich der Kanton Zürich am geplanten nationalen Krebsprogramm 2005-2008 des Vereins Oncosuisse?
5. Welcher Anteil der Ausgaben im Gesundheitswesen fliesst in die Prävention, wie viel davon in die Krebsprävention?
6. Mit welchen Präventionsmassnahmen könnte nach Ansicht des Regierungsrates eine substantielle Reduktion der Tumor-Erkrankungen erreicht werden?

Eva Torp  
Monika Spring  
Käthi Furrer